

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Beteiligungen,
Organisation und Finanzentwicklung der Stadt Lüdenscheid**

am 01.09.2005

im Sitzungssaal der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH, Lennestraße 2

Anwesend:

Vorsitz:

Erste Stellvertretende Bürgermeisterin Ursula Meyer CDU

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsfrau Christel Gabler	CDU	
Ratsherr Marcus Kühnel	CDU	Vertreter für Frau Rahmede
Ratsherr Harald Metzger	SPD	
Ratsherr Jürgen Sager	CDU	Vertreter für Ratsfrau Rigas-Gülde
Ratsherr Bruno Schwarz	FDP	bis 18:04 Uhr
Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek	SPD	Vertreterin für Ratsfrau Teipel
Ratsherr Michael Thielicke	SPD	
Ratsherr Holger Triebert	SPD	
Ratsfrau Tanja Tschöke	Grüne	
Ratsfrau Ramona Ullrich	SPD	
Ratsherr Hansjürgen Wakup	CDU	Vertreter für Ratsherrn Schulte
Herr Wolf Reiner Cassel	LL	
Herr Ulrich Noetzlin	SPD	bis 18:04 Uhr
Frau Elisabeth Siebensohn	CDU	Vertreterin für Herrn Siebensohn

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Ratsherr Peter Oettinghaus AfL

Gäste:

Herr Wolfgang Struwe zum TOP 2
Frau Dienstel-Kümper zum TOP 3

Verwaltung:

Bürgermeister Dieter Dzewas
Stadtkämmerer Karl Heinz Blasweiler
Herr Michael Walker
Herr Dirk Aengeneyndt
Frau Martina Schmidtke
Frau Britta Vogelsang
Frau Beate Artzig
Frau Nicole Schulte

Schriftführerin:

Frau Petra Kluger

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde	CDU
Ratsherr Bernd Schulte	CDU
Ratsfrau Elke Teipel	SPD
Frau Christiane Rahmede	CDU
Herr Ulrich Siebensohn	CDU

Beginn: 16:15 Uhr

Ende: 18:40 Uhr

1. Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Die Niederschrift der Sitzung vom 10.06.05 wird einstimmig genehmigt.

2. Präsentation SEL AöR

Vorstandsmitglied des Stadtentwässerungsbetriebes Lüdenscheid (SEL), Herr Wolfgang Struwe, erläutert dem Ausschuss ausführlich die organisatorische Entwicklung des SEL, ausgehend vom einstigen Regiebetrieb über die 1995 erfolgte Umwandlung in eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung bis hin zum Kommunalunternehmen mit der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) im Jahr 2003. Der Vortragende verdeutlicht insbesondere die bisher gesammelten Erfahrungen hinsichtlich der neuen Rechtsform „AöR“ und bewertet die Gründung der SEL AöR wegen der zahlreich erkennbaren Vorteile gegenüber dem herkömmlichen Eigenbetrieb als „konsequente notwendige Weiterentwicklung der Organisationsstruktur“ von Eigenbetrieben.

Ratsherr Metzger verweist hinsichtlich der kalkulatorischen Verzinsung des Anlagekapitals bei der Ermittlung der Abwassergebühren auf ein aktuelles Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster, aus dem hervorgeht, dass der bisherige Zinssatz von 8 % zu hoch bemessen sei und bei zukünftigen Gebührenkalkulationen keine Anwendung mehr finden dürfe. Herr Blasweiler berichtet zur Frage, mit welchem Zins zukünftig zu rechnen sei, dass sich der Verwaltungsvorstand auf einen Zinssatz von 7,25 % (maximal zulässig 7,34 %) festgelegt habe. Der Kämmerer erläutert die aus dem Urteil möglicherweise resultierenden Auswirkungen auf die Stadt Lüdenscheid und die Gebührenhaushalte. Erste Auswirkungen schlagen sich frühestens im Haushalt 2007 nieder.

Herr Blasweiler weist abschließend zum Thema „AöR“ auf das „Lüdenscheider Modell“ hin, als einen neu geschaffenen Weg zur Überführung von Mitarbeitern in ein neues Beschäftigungsverhältnis. Darüber hinaus rät der Kämmerer von einer Umwandlung des Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetriebes Lüdenscheid (STL) in eine AöR wegen des in diesem Fall bestehenden steuerrechtlichen Risikos ab. Die Vorsitzende stimmt Herrn Blasweiler zu und fasst zusammen, dass das Thema damit abschließend geklärt sei.

3. Informationen zu § 81 der Gemeindeordnung Vorlage: 207/2005

Der Kämmerer begrüßt die anwesende Leiterin der Kommunalaufsicht des Märkischen Kreises, Frau Dienstel-Kümper, und fasst die in der nachgereichten Tischvorlage zum TOP nie-

dergeschriebenen wesentlichen Inhalte und Auswirkungen zum § 81 GO kurz zusammen. Herr Blasweiler betont, dass der Ausstieg aus der vorläufigen Haushaltswirtschaft erfahrungsgemäß kaum möglich sei. Tendenziell verschlechtere sich die Situation vieler § 81-Kommunen stetig weiter.

Frau Dienstel-Kümper ergänzt den Bericht des Kämmerers um den Aspekt, dass unter den Bedingungen des § 81 GO sämtliche Kredite genehmigungspflichtig seien und eine Nettokreditaufnahme nicht gestattet werde. Im Anschluss erfolgt eine kurze Diskussion zwischen verschiedenen Ausschussmitgliedern und der Leiterin der Aufsichtsbehörde, die schließlich zu dem Fazit führt, dass der Eintritt der Stadt Lüdenscheid in die vorläufige Haushaltsführung nach Möglichkeit zu vermeiden ist.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**4. A) Sachstandsbericht der Stabsstelle Wirtschaft/Arbeitsmarkt
 B) Freigabe von Haushaltsmitteln
 Vorlage: 182/2005**

Es erfolgt bezüglich des Abschnittes 4B) der Vorlage eine angeregte Diskussion, in der sich Ratsfrau Gabler und Herr Cassel auf Grund der Haushaltssituation gegen die beantragte Mittelfreigabe aussprechen. Ratsfrau Gabler äußert Bedenken, dass die geplanten freiwilligen städtischen Zuschüsse zum Eintritt in die Phänomenta in den kommenden Jahren vom Umfang her ausufern könnten und auf diesem Weg ein neuer Haushaltstitel geschaffen wird, um das Projekt dauerhaft finanzieren zu können. Der Bürgermeister erläutert ausführlich die Hintergründe, die Bedeutung und den vorgesehenen Ablauf des Kooperationsprojektes zwischen Phänomenta, der Stadt Lüdenscheid und weiteren Sponsoren. Herr Dzewas stellt klar, dass es keine Dauersubvention für einen unbestimmten Personenkreis, sondern für eine beschränkte Anzahl von zunächst ca. 1.000 Kindern einer festgelegten Altersstufe geben wird. Für diese Kinder verbleibt darüber hinaus trotz Subventionen auch weiterhin ein Eigenbetrag zum Eintrittsgeld. Abschließend fügt der Bürgermeister hinzu, dass die Unterstützung dieses Projektes auch in den kommenden Jahren aus den finanziellen Mitteln der Stabsstelle erfolgen soll und nicht als „Freibrief für eine weitere Haushaltsstelle“ aufgefasst werden darf.

Es werden weitere Fragen beantwortet, u.a. zum Thema „Fachtagungen“ und zur Effektivität der in der Vorlage unter A) beschriebenen „Unternehmensansprache“. Insgesamt bewertet der Ausschuss die bisherige Arbeit der Stabsstelle als sinnvoll und erfolgreich. Weitere regelmäßige Berichte werden durch die Vorsitzende erbeten.

Nachdem der Ausschuss über die Zusammensetzung und Herkunft des beantragten Freigabebetrages aufgeklärt wurde, schließt sich eine gemeinsame Abstimmung über die in der Vorlage aufgeführten Beschlussvorschläge A) und B) an.

Beschluss:

- A) Der Ausschuss nimmt den Sachstandsbericht der Stabsstelle Wirtschaft/Arbeitsmarkt zur Kenntnis.
- B) Der Ausschuss stimmt der Freigabe der mit Sperrvermerk versehenen Haushaltsmittel abzüglich der allgemeinen Haushaltssperre (20 %) zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	1

5. Berichtswesen: Entwicklung der Haushaltswirtschaft Vorlage: 215/2005

Der Kämmerer erläutert dem Ausschuss die wesentlichen in der Tischvorlage aufgeführten Haushaltsrisiken und betont, dass die Entscheidung, eine frühzeitige Haushaltssperre zu verhängen, zum richtigen Zeitpunkt gefallen sei. Herr Noetzelin und Herr Blasweiler erörtern, ob das Einsparpotenzial, welches durch die Haushaltssperre erwirtschaftet wird, zur Ergänzung des haushaltswirtschaftlichen Berichts in Form einer Prognosegröße ermittelt und dargestellt werden kann. Herr Noetzelin bekundet seine Unzufriedenheit hinsichtlich der Aussage des Kämmerers, dass erst gegen Ende des Jahres entsprechende Daten zur Verfügung stünden.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

6. Stellenplan 2005, erste Änderung Vorlage: 190/2005

Der Bitte der Vorsitzenden entsprechend erläutert Herr Blasweiler dem Ausschuss detailliert sämtliche Zusammenhänge und Hintergründe der vorgesehenen rein internen Stellenverschiebungen. Der Kämmerer betont, dass die vorgetragenen Änderungen keine Ausweitung des Stellenplans bewirken.

Ratsfrau Gabler beantragt, die gemäß der Vorlage zu schaffenden „ARGE-Stellen“ vorsichtshalber im Haushaltsplan z.B. durch Anbringung jeweiliger kw-Vermerke eindeutig zu kennzeichnen. In einer kurzen Diskussion erörtert der Ausschuss u.a. die Auswirkungen einer (anteiligen) Rückabwicklung der ARGE auf den städtischen Stellenplan und die Personalsituation. Um möglicherweise drohende Personalüberhänge in der Stadtverwaltung zu vermeiden, schlägt der Personaldezernent vor, das Gespräch mit der Arbeitsgemeinschaft MK zu suchen und über entsprechende Ergebnisse im Ausschuss erneut zu berichten.

Beschluss:

Die Änderung des Stellenplans 2005 wird einstimmig beschlossen.

7. Bericht "Zur Vorhersagevalidität von Einstellungstests" (Zusammenfassung der Diplom-Arbeit)

Herr Blasweiler begrüßt die anwesende Verfasserin der Diplom-Arbeit, Frau Nicole Schulte, und stellt dem Ausschuss die wesentlichen Inhalte ihrer Arbeit mit dem Titel „Vorhersagevalidität von Einstellungstests auf Grundlage einer empirischen Untersuchung der Personalauswahl der Stadt Lüdenscheid“ vor. Zur Vertiefung des Themenbereiches „Instrumente der Personalauswahl“ verweist der Personaldezernent auf ein weiteres zum TOP vorliegendes Papier.

Das nach detaillierten Untersuchungen statistisch untermauerte Ergebnis der Diplom-Arbeit zeigt, dass die bisher vermutete Vorhersagevalidität der Einstellungstests, die jährlich von einem beauftragten Institut zur Auswahl neuer Auszubildender für die Stadt Lüdenscheid im Angestellten- und Beamtenbereich durchgeführt werden, nicht belegt werden konnte. Damit wurde innerhalb des ausgewählten Untersuchungszeitraumes für die Stadt Lüdenscheid nachgewiesen, dass nur ein relativ schwacher Zusammenhang zwischen den Einstellungstestergebnissen und den (Ausbildungs)Abschlussnoten aller hier betrachteten 50 Auszubildenden besteht. Herr Blasweiler erläutert, dass die Sinnhaftigkeit der Einstellungstests in

Hinblick auf die späteren Ausbildungsinhalte bezweifelt werden müsse. Eine Diskussion mit dem testentwickelnden und –durchführenden Institut sei dringend erforderlich.

Es schließt sich eine kurze Diskussion zur Generalisierbarkeit der festgestellten Ergebnisse an. Auch die Bedeutung persönlicher Bewerbungsgespräche als verlässlicheres Beurteilungsverfahren im Rahmen der Personalauswahl wird hervorgehoben.

8. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

8.1. Bekanntgabe zum Konzept "ganzheitliches Personalmanagement"

Herr Blasweiler verweist auf den ausgeteilten Zwischenbericht, der eine Übersicht über bereits umgesetzte Maßnahmen hinsichtlich des am 21.04.05 vorgestellten Gesamtkonzeptes „Perspektiven eines ganzheitlichen Personalmanagements“ enthält.

8.2. Beantwortung von Anfragen

Keine

8.3. Anfrage zur Situation der KDVZ

Die Erste Stellvertretende Bürgermeisterin und Ratsfrau Meyer bittet darum, den Geschäftsführer der Kommunalen Datenverarbeitungszentrale (KDVZ), Dr. Neubauer, zu einer der nächsten Sitzungen einzuladen, um einen direkten Bericht über vorgesehene Sanierungs- und Konsolidierungsmaßnahmen bezüglich der KDVZ zu erhalten.

Vorsitzende

Schriftführerin